

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 36. und 37. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 13. Dezember und Freitag, dem 14. Dezember 2007

1. Abgeordnete
Petra Elsner,
David Langner und
Friederike Ebli (SPD)

Aktionstag „Sicheres Spielzeug unterm Weihnachtsbaum“

Mit der Aktion „Sicheres Spielzeug unterm Weihnachtsbaum“ wollen das rheinland-pfälzische Verbraucherministerium, das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium, die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, die Gewerbeaufsicht und die Lebensmittelüberwachung Tipps für den Spielzeugeinkauf geben. Am 8. Dezember standen Beraterinnen der Verbraucherzentrale und weitere Experten an Infoständen in Mainz, Ludwigshafen, Koblenz und Trier für Fragen zur Verfügung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum ist ein Aktionstag „Sicheres Spielzeug unterm Weihnachtsbaum“ notwendig?
2. Was sind die häufigsten Gefahrenquellen bei unsicherem Spielzeug?
3. Auf welche Hinweise können Verbraucherinnen und Verbraucher beim Spielzeugkauf achten?
4. Was tut die Landesregierung, um die Sicherheit bei Spielzeugen zu verbessern?

2. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)

Rechtliche Bedenken gegen die Bildung von Rücklagen im Haushaltsjahr 2007

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Höhe werden die Rücklagen bis zum Jahresende erreichen, die die Landesregierung im Haushaltsjahr 2007 aus Einnahmen des Vermögensverkaufs oder der Vermögensaktivierung bildet, die wegen der höheren Steuereinnahmen für die Deckung der veranschlagten Ausgaben nicht benötigt werden?
2. Wurden die Vermögensverkäufe oder Vermögensaktivierungen in diesem Jahr erneut mit der plp-management GmbH & Co. KG abgewickelt, indem diese zur Finanzierung der Transaktion Kredite aufgenommen hat?
3. Auf welcher rechtlichen Grundlage will die Landesregierung diese Rücklage bilden und wie beurteilt sie insoweit die Auffassung des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz, dass die Bildung dieser Rücklagen dem Verfassungsrecht und dem Haushaltsrecht widerspricht?
4. Welcher Verwendung zu welchem Zeitpunkt will die Landesregierung diese Mittel zuführen?

Die Mündlichen Anfragen Nr. 7, 9, 10, 13, 16, 17 und 19 sind fristgerecht für die 37. Plenarsitzung am Freitag, dem 14. Dezember 2007, eingegangen.

3. Abgeordnete

**Günter Eymael und
Nicole Morsblech (FDP)**

Ungeklärte Finanzierung des Hochmoselüberganges

Dem Bau des so genannten Hochmoselüberganges bei Zeltingen-Rachtig kommt in Zusammenhang mit der Schaffung einer raschen durchgehenden Fernstraßenverbindung von Lüttich/Belgien über Bitburg und Wittlich bis ins Rhein-Main-Gebiet im Zuge der Autobahn A 60/Bundesstraße 50 eine hohe verkehrs- und strukturpolitische Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund des langen Zeitrahmens, in dem zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und Naturschutzverbänden vor Gerichten jetzt die letztendliche Rechtmäßigkeit des Baus des Hochmoselüberganges an der geplanten Stelle erstritten wurde, verwundern nun öffentliche Aussagen der Landesregierung, dass die Finanzierung des strategisch wichtigen Projektes noch keineswegs schlüssig steht.

So sollen jetzt auch Alternativen zum bisher zwischen Bundes- und Landesregierung vereinbarten F-Modell (Mitfinanzierung durch Bund und Land plus Maut-Finanzierung) geprüft werden. Ziel sei es hierbei, zu einem schnelleren Baubeginn, als dies bei dem F-Modell der Fall wäre, zu gelangen. Aufgrund des langen Vorlaufs, bedingt durch die anhängigen Gerichtsentscheidungen, hätte man eigentlich davon ausgehen müssen, dass das Projekt durchfinanziert sei.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen benötigt die Landesregierung nach dem Scheitern der Klage von Naturschützern so lange, um das seit langem geplante F-Modell auf den Weg zu bringen?
2. Welche alternativen Finanzierungsmodelle prüft die Landesregierung nun, um den Baubeginn schnellstmöglich vollziehen zu können?
3. Welche Gespräche wurden mit dem Bund im Hinblick auf komplette Übernahme der Finanzierung geführt und welches Ergebnis wurde hierbei erzielt?
4. Wie sieht nach dem derzeitigen Stand der Dinge der geplante zeitliche Ablauf für das weitere Verfahren aus?

4. Abgeordnete

**Dorothea Schäfer,
Christine Schneider und
Alexander Licht (CDU)**

Stand der Planungen zur Einrichtung eines Studiengangs Weinbau in Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung plant die Einführung eines Studiengangs Weinbau in Rheinland-Pfalz. Hierzu ist eine interministerielle Arbeitsgruppe zwischen den zwei betroffenen Ministerien eingerichtet worden. Weiterhin hat die Landesregierung in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau darauf hingewiesen, dass eine Befragung ein hohes Bedürfnis für einen solchen Studiengang gezeigt habe.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Durch wen und in welcher Form (Zeitpunkt, Anzahl der Befragten etc.) wurde die oben erwähnte Befragung durchgeführt?
2. Welche konkreten Fragen sind im Zuge dieser Befragung angesprochen worden?
3. Welche Ergebnisse hat die interministerielle Arbeitsgruppe bislang erzielt?
4. Welche Finanzmittel müsste die Landesregierung für die Einrichtung und die Aufrechterhaltung eines Weinbau-Studiengangs in Rheinland-Pfalz bereitstellen?

5. Abgeordnete

**Dr. Matthias Krell und
Martin Haller (SPD)**

Gesetz zur Änderung des BAföG

Das am 16. November 2007 vom Bundestag verabschiedete „22. Gesetz zur Änderung des BAföG“ sieht deutliche Verbesserung der BAföG-Sätze und -Freibeträge vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Studierende in Rheinland-Pfalz erhalten aktuell Leistungen nach dem BAföG?
2. Wie hat sich die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
3. Welche Verbesserungen werden sich für die Studierenden aus der BAföG-Novelle ergeben?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Leistungsfähigkeit des BAföG im Vergleich zu Stipendien- oder Kreditsystemen, insbesondere im Hinblick auf die Förderung der Studienbereitschaft von Kindern aus Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen?

**6. Abgeordneter
Michael Hörter (CDU)**

Haltung der Landesregierung zur „Roten Hilfe“

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass es sich bei der „Roten Hilfe“ um eine verfassungsfeindliche Organisation handelt?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation vereinbar ist mit einem Führungsamt in einer demokratischen Partei?
3. Welche Aktivitäten der „Roten Hilfe“ in Rheinland-Pfalz sind der Landesregierung bekannt?

**7. Abgeordnete
Herbert Mertin und
Günter Eymael (FDP)**

Weitere Aufträge an „Quadrolux“ und „atelier 500“

Wir fragen die Landesregierung:

1. War der Landesregierung zum Zeitpunkt der Sondersitzung des Landtags am 8. November 2007 bekannt, dass die vom Innenministerium mitgetragene „Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz“ weitere Aufträge an die Firmen „Quadrolux“ beziehungsweise „atelier 500“ ohne Ausschreibung vergeben hatte?
2. War dem Innenminister in der Sitzung des Innenausschusses am 30. Oktober 2007 bekannt, dass die vom Innenministerium mitgetragene „Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz“ weitere Aufträge an die Firmen „Quadrolux“ beziehungsweise „atelier 500“ ohne Ausschreibung vergeben hatte?
3. Hat die Firma Quadrolux, die vom Wirtschaftsministerium am 12. November 2007 mit der Produktion eines Films zur Verleihung des Innovationspreises Rheinland-Pfalz beauftragt wurde, das preisgünstigste Angebot vorgelegt?
4. Gab es weitere Aufträge an Familienangehörige oder angehende Familienmitglieder von Kabinettsmitgliedern durch die Landesregierung, durch Behörden, die der Landesregierung nachgeordnet sind oder durch Organisationen, die von der Landesregierung mitgetragen werden?

**8. Abgeordnete
Manfred Nink,
Michael Hüttner,
Alfons Maximini,
Renate Pepper,
Frank Puchtler,
Heike Raab und
Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)**

Vermeidung von Güterverkehrslärm

Nach den Initiativen insbesondere von Rheinland-Pfalz hat die Bundesregierung ein Pilotprogramm zur Lärminderung für Güterwagons auf den Weg gebracht. Im Rahmen des Bundeshaushalts 2008 sind für das Innovationsprogramm zur Lärminderung zehn Millionen Euro eingeplant. 40 Millionen Euro sind insgesamt für ein entsprechendes Maßnahmenpaket vorgesehen. Besonders die Bevölkerung der Regionen der rheinland-pfälzischen Flusstäler, insbesondere im Mittelrheintal und an der Mosel, ist von Lärmbelastungen durch Güterverkehr betroffen. Der rheinland-pfälzische Landtag hatte im Mai 2007 zur Vermeidung von Güterverkehrslärm einen Beschluss gefasst.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Programmpunkte enthält das Pilotprojekt zur Lärminderung für Güterwagons im Einzelnen, insbesondere hinsichtlich der Vermeidung von Lärmbelastung durch Güterverkehr an Mittelrhein und Mosel?
2. Wie beurteilt die Landesregierung das neue Programm bezüglich der geforderten Entlastung der Bevölkerung durch den Güterverkehrslärm?
3. Welche Planung ist hinsichtlich einer differenzierten, lärmemissionsabhängigen Umgestaltung des Trassenpreissystems vorgesehen?
4. In welchem Umfang soll die von Rheinland-Pfalz geforderte Verwendung von Flüsterbremsen und neuen Techniken, wie etwa von Dämpfungselementen, innerhalb des neuen Programms umgesetzt werden?

9. Abgeordnete

Marlies Kohnle-Gros, Gerd Schreiner, Walter Wirz und Guido Ernst (CDU)

Streit der Landesregierung mit dem privaten Verein „Stiftung Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e.V.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Der private Verein „Stiftung Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e.V.“ hat der Landesregierung im März 2007 zu versicherungsrechtlichen Zwecken eine Liste der projektierten Dauerleihgaben übersandt. Warum hat der Kulturstaatssekretär nicht sofort ein klärendes Gespräch mit dem Arp-Verein geführt, nachdem bemerkt worden ist, dass diese Liste nicht mit der Aufstellung der projektierten Dauerleihgaben in der so genannten Anlage 1 der „Rahmenvereinbarung“ übereinstimmt?
2. Wie hat der private Verein „Stiftung Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e.V.“ auf die im Schreiben des Kulturstaatssekretärs vom 20. November 2007 enthaltene Aufforderung „mir spätestens bis zum 7. Dezember 2007 mitzuteilen, dass Sie mit der kündigungsbedingten Auflösung der Rahmenvereinbarung einverstanden sind“ reagiert?
3. Welche Fragestellung konkret soll Gegenstand des vom Ministerpräsidenten angekündigten Schlichtungsverfahrens nach § 17 der „Rahmenvereinbarung“ vom 2. Juni 1995 in der Fassung vom 19. Juli 2005 sein?

10. Abgeordneter

Dr. Norbert Mittrücker (CDU)

Telekommunikation

Im Rahmen der Kommunalkonferenz in Trier antwortete der Minister Hans-Peter Bruch auf die Frage nach einer besseren DSL-Versorgung im ländlichen Raum, dass er Mitte nächsten Jahres keine Probleme mehr bezüglich der Breitbandversorgung im ländlichen Raum sieht. Man sei in guten Verhandlungen mit der Telekom.

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welche Grundlagen stützt der Innenminister Hans-Peter Bruch seine Aussagen zu einer bevorstehenden flächendeckenden Versorgung im Telekommunikationsbereich?
2. Wie bewertet die Landesregierung Aussagen, dass wegen des fehlenden Versorgungsauftrages für schnelle Breitbandverbindungen Telekommunikationsunternehmen in den Netzausbau nur investieren, sofern sich dies für sie wirtschaftlich darstellen lässt?
3. Gibt es eine für jedermann einsehbare Kartierung der Flächen in Rheinland-Pfalz, die eine Unterversorgung mit Breitbandanschluss haben, und Informationen über die zur Behebung der Unterversorgung notwendigen finanziellen Aufwendungen?
4. Durch welche Maßnahmen will das Land gerade in den unversorgten Gebieten dem hohen Informations- und Beratungsbedarf der Bevölkerung Rechnung tragen?

11. Abgeordnete

Heribert Heinrich und Renate Pepper (SPD)

Auswirkungen des Vorschlags der EU-Kommission zur Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation (TK-Review)

Das EU-Kommissionskabinett hat in seinem jüngsten Entwurf eines Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation für den Übergang zu einem System plädiert, in dem Frequenzen von Frequenzrechtinhabern auch gehandelt werden dürfen. Des Weiteren soll eine europäische Regulierungsbehörde für Telekommunikation geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen wird die Gründung einer solchen neuen EU-Behörde für die Kompetenzen bei der Frequenzverwaltung im Land haben?
2. Wie wird sich dies auf die Gestaltung der rheinland-pfälzischen Rundfunk- und Medienordnung auswirken?

12. Abgeordnete
Uta Schellhaaß und
Günter Eymael (FDP)

Erneute Strompreiserhöhungen zum Jahreswechsel

Bundesweit wollen die Konzerne EON und RWE sowie mindestens 318 weitere Versorger die Strompreise erneut stark erhöhen. Im Durchschnitt ist mit Erhöhungen von acht bis zehn Prozent, in Einzelfällen bis zu 25 Prozent zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie werden sich die Strompreiserhöhungen in Rheinland-Pfalz auswirken?
2. Unter welchen Bedingungen wird die Aufsichtsbehörde Strompreiserhöhungen genehmigen und unter welchen Voraussetzungen wird sie keine Genehmigungen für Strompreiserhöhungen erteilen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsachen, dass die kostenlos zugeteilten CO₂-Zertifikate sowie sinkende Netzentgelte nicht zu Strompreissenkungen geführt haben und dass der Staatsanteil an den Strompreisen von 2,3 Mrd. Euro (1999) auf inzwischen 13,4 Mrd. Euro gestiegen ist?
4. Welche politischen Konsequenzen hält die Landesregierung angesichts der gegenwärtigen Situation bei den Strompreisen für angezeigt und zielführend?

13. Abgeordneter
Thomas Günther (CDU)

Einladungspraxis der Landesregierung bei der Verleihung der Sportplakette des Bundespräsidenten

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Abgeordneten und kommunalen Mandatsträger wurden zur diesjährigen Verleihung der Sportplakette des Bundespräsidenten in Oppenheim eingeladen?
2. Gibt es eine geübte Praxis, nach der zur Verleihung der Sportplakette des Bundespräsidenten durch den Minister des Innern und für Sport oder einen Beauftragten nur Abgeordnete der SPD, nicht aber Abgeordnete anderer Fraktionen eingeladen werden?
3. Wenn ja: Aus welchen Gründen wurde dieses Verfahren gewählt und hält die Landesregierung es – insbesondere mit Blick auf die allgemeinen Grundsätze allen staatlichen Handelns, zu denen auch das Gebot parteipolitischer Neutralität gehört – für korrekt?

14. Abgeordnete
Marianne Grosse und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)

Aids-Prävention in Rheinland-Pfalz

Am 3. Dezember 2007 war Welt-Aids-Tag. Für den Zeitraum Juli 2006 bis Juni 2007 ist bundesweit wieder ein Anstieg von geschätzten 2 700 HIV-Neuinfektionen zu verzeichnen. In Rheinland-Pfalz wurden im gleichen Zeitraum fast 70 Neuinfektionen gemeldet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie sich die Zahl der HIV-Neuinfektionen in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren entwickelt hat?
2. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Landesregierung den Kampf gegen Aids in Rheinland-Pfalz, insbesondere in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz (LZG)?
3. Welche Akteure engagieren sich in Rheinland-Pfalz in der Präventionsarbeit gegen Aids?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung von lokalen Netzwerken für die Präventionsarbeit?

15. Abgeordnete

**Ulla Brede-Hoffmann,
Manfred Geis und
Dr. Matthias Krell (SPD)**

Neues Archäologisches Zentrum in Mainz

Das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz (RGZM) – ein weltweit anerkanntes Forschungsinstitut und Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft – soll an einen neuen Standort verlagert und dabei erheblich erweitert werden. 2010 soll mit den Baumaßnahmen für diesen wichtigen Teil des „Römischen Mainz“ begonnen werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Über welche Forschungsschwerpunkte und über welche Ausstellungspotenziale verfügt das RGZM?
2. Welche Konzeption, inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und Ziele sind mit der Umgestaltung verbunden?
3. Welche neuen Entwicklungsmöglichkeiten entstehen durch die geplante Verlagerung der Einrichtung?
4. Welchen Beitrag werden das Landesmuseum Mainz und die Landesarchäologie zu diesem neuen Archäologischen Zentrum leisten?

16. Abgeordnete

**Gerd Schreiner und
Josef Keller (CDU)**

Umsetzung des „Projekts Erweiterte Selbständigkeit“ (PES)

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der Anteil des temporären (aktuellen) Unterrichtsausfalls an den Gymnasien in der Stadt Mainz?
2. Wie viele Aushilfen sind an den Mainzer Gymnasien gegenwärtig im Rahmen des Projekts PES beschäftigt?
3. Wie viele dieser Aushilfskräfte haben das 2. Staatsexamen, wie viele das 1. Staatsexamen und wie viele sind noch Studierende?
4. Wie viele der im so genannten „PES-Pool“ gelisteten Aushilfskräfte haben das 2. Staatsexamen, das 1. Staatsexamen, sind Studierende oder haben keinerlei Ausbildung als Lehrkraft?

17. Abgeordneter

Hans-Josef Bracht (CDU)

Fahrtkostenerstattung für die Nutzung privater Pkw zu dienstlichen Zwecken im öffentlichen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die von Sachverständigen ermittelten Vollkosten je Kilometer für einen Pkw der unteren Mittelklasse bis zu 100 % über den geltenden gesetzlichen Kilometerpauschalen für die Erstattung von Pkw-Fahrtkosten im öffentlichen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz liegen?
2. Wenn ja, hält die Landesregierung dies für die betroffenen Bediensteten für zumutbar und welche Konsequenzen zieht sie gegebenenfalls hieraus?
3. Hält die Landesregierung eine vollständige oder auch sehr weitgehende Umstellung der Dienstfahrten im öffentlichen Dienst des Landes auf öffentliche Personenverkehrsmittel bei Wahrung wirtschaftlich vernünftiger Fahrzeiten und der damit verbundenen Personalkosten für machbar?
4. Sieht die Landesregierung in der Vorhaltung einer größeren als der bestehenden Zahl von Dienstfahrzeugen für Selbstfahrer eine wirtschaftlich tragfähige Alternative zum derzeitigen Ausmaß der Nutzung privater Pkw für Dienstfahrten?

- 18. Abgeordnete**
Manfred Nink,
Monika Fink,
Alfons Maximini,
Ingeborg Sahler-Fesel
und Astrid Schmitt (SPD)
- Unregelmäßigkeiten bei den Geschäften des Umweltzentrums der HWK Trier**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie stellt sich nach Kenntnis der Landesregierung die aktuelle Sachlage bezüglich angeblich unrichtiger Abrechnungen und dem Anschein nach unzulässiger Energieausweisverträge beim Umweltzentrum der Handwerkskammer Trier dar?
 2. Wie hoch ist nach derzeitigem Kenntnisstand der Landesregierung das von falschen Abrechnungen und von anscheinend unzulässigen Vertragsabschlüssen betroffene Finanzvolumen einzuschätzen?
 3. In welchem Umfang sind nach derzeitigem Kenntnisstand der Landesregierung hierbei Energieausweisverträge zu Lasten von Kunden abgeschlossen worden?
 4. Ist der Landesregierung nach dem derzeitigen Kenntnisstand bekannt, ob es weitere Unregelmäßigkeiten bei den Geschäften des Umweltzentrums der HWK Trier gibt, etwa, dass auch öffentliche Gelder zweckfremd verwendet worden sind?
- 19. Abgeordneter**
Erwin Rüdell (CDU)
- Wirtschaftliche Situation der Pflegeheime in Rheinland-Pfalz**
- In der Presse wurde in den letzten Tagen über die schwierige wirtschaftliche Situation vieler Pflegeheime in Deutschland und Rheinland-Pfalz berichtet.
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie viele Pflegeheime befinden sich nach Kenntnis der Landesregierung in Rheinland-Pfalz in einer wirtschaftlichen Schieflage?
 2. Wie ist der aktuelle durchschnittliche Belegungsstand bei Pflegeheimen in Rheinland-Pfalz?
 3. Welche Ursachen sieht die Landesregierung für die derzeitige Situation bei Pflegeheimen?
 4. Sieht die Landesregierung die stationäre Pflege in Rheinland-Pfalz langfristig sichergestellt bzw. was hat sie zur Verbesserung der Lage von Pflegeheimen bisher unternommen?
- 20. Abgeordnete**
David Langner und
Frank Puchtler (SPD)
- UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal**
- In einem Presseartikel vertrat Dr. Michael Fuchs, MdB, die Auffassung, eine Mittelrheinbrücke bringe mehr Nutzen als der mögliche Verlust des Prädikats „Welterbe“ Schaden.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Anerkennung dem Welterbestatus des Oberen Mittelrheintals zu?
 2. Wie stimmt die Landesregierung das geplante Projekt einer festen Rheinquerung mit der UNESCO ab?
- 21. Abgeordnete**
Margit Mohr,
Manfred Nink,
Alexander Schweitzer
und Fredi Winter (SPD)
- Arbeit des Mittelstandslotse und Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen im Land**
- Seit dem 1. September 2006 gibt es in Rheinland-Pfalz mit Herrn Günther Knödler einen Mittelstandslotse als Mittler zwischen Betrieben und Verwaltung und zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Bilanz für das Jahr 2007 zieht die Landesregierung bezüglich der Arbeit des Mittelstandslotse zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz?
 2. In wie vielen Fällen wurde der Mittelstandslotse bisher um Hilfe und Beratung gebeten bzw. konnte der Mittelstandslotse erfolgreich helfen?
 3. Welche Rolle sollen nach den Vorstellungen der Landesregierung und aufbauend auf den Erfahrungen des Mittelstandslotse regionale Mittelstandslotse im Rahmen der gestarteten Initiative „Bürokratieabbau konkret“ übernehmen?